

# Krakauer Zeitung.

Nr. 286. Freitag, den 14. December

1860.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abon. 9 Nr. berechnet. — Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergeschwungenen Seite für 7 kr., für jede weitere Einrückung 3½ kr.; Stämpelgebühr für jed. Einstellung 30 Nr. — Insert-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

## Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Alerhöchster Entschließung vom 17. November d. J. dem Professor der theologischen Fakultät zu Olmütz, Dr. Joseph Mikula, vorstrei den Titel eines kaiserlichen Rates allergrädig zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Alerhöchsten Entschließung vom 23. November d. J. dem Verwalter bei dem prov. Filial-Landes-Deponate der Preßburger Finanz-Landes-Direktions-Abteilung, Anton von Vilez, bei seinem Übertritte in den bleibenden Ruhestand, in Anerkennung seiner viel-jährigen guten und treuen Dienstleistung, das goldene Verdienstkreuz allergrädig zu verleihen geruht.

Das Ministerium für Kultus und Unterricht hat den Skriptor an der f. f. Studienbibliothek in Mantua, Johans Venelli, zum Coadjutor an der nämlichen Bibliothek ernannt.

## Veränderungen in der kais. königl. Armee.

### Erennungen und Beförderungen:

Der Oberst, Joseph Vareis Edler von Barnhelm, Kommandant des Artillerie-Regiments Prinz Luitpold von Bayern Nr. 7, mit der Uebersezung in den Artillerie-Stab, zum Kommandanten der Munition-Haupt-Reserve bei der Armee im Lombardisch-Benetianischen Königreiche und

der Oberstleutnant, Karl Veltz, des Artillerie-Regiments Erzherzog Maximilian Nr. 10, zum Kommandanten des Artillerie-Regiments Prinz Luitpold von Bayern Nr. 7; ferner

den Hauptmann erster Klasse, Ferdinand Dippold, des Ritter-Regiments Ritter v. Schmidt, zum Major beim Artillerie-Regimente von Brantem Nr. 8; endlich

die Hauptleute erster Klasse Franz Edler von Hauff und Wilhelm Freiherr de Wicq, bei ihrer definitiven Eintheilung auf zwei der für das geographische Institut systemistren Dienststellen zu Majors.

Verleihung:

Dem bei Seiner kaiserlichen Hoheit dem Herrn Erzherzoge Ludwig Joseph als Dienstämmler angestellten Obersten, Joseph Grafen Schaffgotsche, des Armee-Standes, der Generalmajors-Charakter ad honores, und

den pensionirten Oberstleutnanten, Ferdinand Juriskovic von Hagnborg, der Oberstens-Charakter ad honores.

### Pensionirungen:

Der Oberstleutnant, Wilhelm von Hartenberg, des Infanterie-Regiments Herzog zu Nassau Nr. 15;

der Major, Julius Ritter v. Sonnenstein, des Infanterie-Regiments Graf Wimpffen Nr. 22, als Oberstleutnant, und

der Major, Richard Hoffmann Ritter von Mamaor, des

Artillerie-Regiments von Brantem Nr. 8.

Am 13. Dezember 1860 ist in der f. f. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das LXXV. Stück des Reichsgesetzblattes aus, gegeben und versendet worden.

Dasselbe enthält unter

Nr. 268 die Verordnung des Staatsministeriums vom 8. Dezember 1860, wirksam für Böhmen, Galizien und die Westu-

kraine, Nieder-Oesterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, das Küstenland, Mähren, Schlesien, Tirol mit Vorarlberg, dann für das Lombardisch-Benetianische Königreich, womit die mit Alerhöchster Entschließung vom 6. Oktober 1860, genehmigten Grundzüge für die Organisierung des Staatsdienstes fund gemacht werden.

## Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 14. December.

Der Text der Protestation Sardinien's gegen die Sequestrierung der Kirchengüter im Canton Tessin, wird jetzt veröffentlicht. Piemont gesteht der Schweiz das Recht zu, ihr Gebiet der Gerichtsbarkeit des lombardischen Bischofs zu entziehen, aber es kann das System nicht zulassen, nach welchem der Bundesrat die Kirchengüter behandelt, weil es nicht verträglich mit den guten Beziehungen zwischen Sardinien und der Schweiz sei, die Kirchengüter zu sequestriren, ohne Sardinien vorher in Kenntniß zu sezen. Die katholische Eigenschaft derselben entkräfte ihr Eigentumsrecht in keiner Weise. Die Schweiz habe nicht mehr Berechtigung, das Eigentum des Bischofes mit Beschlag zu belegen, als das Eigentum anderer Unterthanen des Königs. Piemont verlangt, daß die Beschlagnahme aufgehoben werde. Der ganze Protest soll den Zweck haben, die Schweiz zur Abtreitung eines Theiles von Graubünden zu veranlassen. Piemont möchte nämlich gern das strategisch wichtige Puschlav mit dem Zugange zum Berninapasse in seinen Händen haben und will dafür der Schweiz ein nördlich davon gelegenes Stück der Lombardei, das Livigno- und Bei-Thal geben.

Zur Situation schreibt ein Pariser Corr. der „A. B.“, die von Turin ausgegangenen Verständigungs-Versuche mit dem heiligen Stuhle sind an dem absoluten Veto des Papstes gescheitert; doch hat man von hier aus die Verhandlungen wieder aufgenommen, wenn gleich mit kaum besseren Aussichten auf Erfolg. In Turin schmeichelt man sich mit der Hoffnung, Louis Napoleon werde im Falle der hartnäckigen Beigerung des päpstlichen Cabinets seine Truppen aus Rom zurückziehen; indessen ist daran vorerst nicht zu denken, da General Goyon noch in den jüngsten Tagen In-

struktionen wegen Ueberwinterung der Besatzungstruppen empfangen hat. Auch das Geschwader des Admirals Le Barbier de Tinan, welches so eben um eine Fregatte vermehrt worden, hat so bald keine Aussicht, Gaeta zu verlassen. Auf das in die Dessonlichkeit gedrungene jüngste Manifest des auswärtigen Amtes von Gaeta hat man von hier aus mit dem Rathe geantwortet, zur Vermeidung unnötigen Blutvergießens den ferneren Widerstand aufzugeben, und sich übrigens auf die Beschlüsse des Congresses zu verlassen, an dessen Vereinigung auch das französische Cabinet arbeite. Herr Casella hat darauf erwidert,

wenn ein Congres zu Stande komme, so werde das Werk der Restauration um so leichter durchzuführen sein, als der König noch auf seinem Grund und Boden steht; scheitere aber der Zusammentritt des Congresses, so erhebe es die Ehre der bourbonischen Dynastie, bis zum letzten Blutsstrom in der Vertheidigung ihrer Rechte auszuhalten.

Die katholische Bewegung unter den Bulgaren wächst und nimmt einen hinlänglich ernsten Charakter an, um die Aufmerksamkeit der Botschafter von Frankreich und England auf sich zu ziehen. Was den russischen Botschafter betrifft, so versäumt er kein Mittel, um die Bewegung zurückzuhalten. Der bulgarische Bischof Hilary, der an der Spitze derselben stand, aber durch die Drohungen der Griechen und Russen eingeschüchtert, zurückweichen wollte, mußte den neuesten Nachrichten zufolge, am 2. Dez. die Unionssache unterzeichnen. Diese Acte wird aber nicht dem katholischen Patriarchen von Constantinopel, sondern dem Armenier übergeben werden, da die Bulgaren wie die Armenier ihre nationale Liturgie bewahren wollen. Der französische Botschafter in Constantinopel, Marquis von Lavalette scheint von Paris Weisungen erhalten zu haben, welche ihm die größte Klugheit empfehlen, zugleich aber auch eine ernste und sympathetische Aufmerksamkeit auf die katholischen Bestrebungen der Bulgaren und den soeben von ihnen gefassten Entschluß, ihre Unterwerfungssacte nach Rom zu senden.

Wie verlautet, soll jetzt auch Russland, das die französische Politik in Syrien billigt, Truppen nach dieser türkischen Provinz senden wollen. Der Besitz Pekings macht England nicht froh. Mit Ausnahme der „Post“, die an den Samstag schlagn und einen Freudentanz vollführt, bekennen alle Londoner Blätter mehr oder weniger eine gewisse Verlegenheit. Die „Daily News“ schreiben: „Wenach Biels so lange geschrien, und was viele Andere gefürchtet haben, ist gekommen. Wir sind in Peking eingetrückt; dies war immer möglich, sogar leicht; aber wie kommen wir wieder heraus? Das ist die praktische Frage für England, eine Einkommen-, Tee-, Zucker-, Papiersteuer-Frage. Wir haben Peking, wir können sagen, wir haben China genommen. Aber wir brauchen Peking nicht, und wir sind nicht im Stande, China zu halten. Wir wollten eine Regierung vorfinden, um mit ihr einen hältbaren Vertrag zu schließen, und die einzige Regierung, die es dort gab, wurde scheu und lief davon. Was können wir jetzt mit China anfangen? Es ist Niemand da, sich mit uns zu schlagen, Niemand mit uns Frieden zu schließen — wenn nicht etwa die Rebellen die Güte haben wollen, diese Pflicht zu übernehmen. Bis jemand die Güte hat, können wir nicht fort, ohne uns lächerlich zu machen. Wir haben unseren Feind verloren, und wenn wir ihn nicht finden können, müssen wir ihn erfinden. Schon kündigt man uns an, daß die Truppen in Peking und Canton überwintern sollen. So viel bleibt gewiß, daß wir in einen sauberen Pfuhl gerathen sind.“ Lehnlück äußert sich der „Herald.“

Dem Vernehmen nach ist Seitens der preußischen Regierung den Bollvereins-Staaten eine außerordentliche Konferenz des Bollvereins vorgeschlagen worden, welche in der ersten Hälfte des Januar zusammenentreten und über die Bonification des Rübenzuckers beim Export, wie über die Herabsetzung des Zölles auf indischen Zucker berathen soll. Die „Schlesische Btg.“ meldete vor mehreren Tagen, daß in einigen Kreisen des Reg. Bez. Oppeln Ermittlungen über die Belegungsfähigkeit der einzelnen Dörfer mit Truppen ange stellt würden. Diese Nachricht ist von verschiedenen Seiten so verstanden worden, als stünde schon für die nächste Zeit eine Konzentrierung von Truppenmassen in Oberschlesien bevor: eine Deutung, zu welcher, wie die „Schles. Btg.“ heute erklärt, ihre Mithilfe durchaus keinen Anlaß bietet. Niemand in Schlesien könnte sich irgend begründeter Kunde von bevorstehenden Truppenauffällungen in der Provinz rühmen. Die Kombina-

tionen gewisser Blätter knüpfen sich lediglich an die des Finanzministeriums ist ein Freund der Wahrheit; Mittheilung von jener administrativen Anordnung und ebenso halte ich es für meine Pflicht als Reichsrath seien zur Zeit in der That völlig unbegründet. Leider seien auch die Zustände in Oberschlesien, und gerade in den Kreisen Plesz und Rybnik, in diesem Winter

„Se. Excellenz“ fand vor Allem die Fassung des Berichtes zu grell und bezieht sich vorzüglich auf den Passus von der Verarmung.

„Ich muß sagen, daß dieser Passus, wie auch bereits der Reichsrath Graf Clam bemerkte hat, nicht von der allgemeinen Verarmung, sondern nur von der Verarmung eines großen Theiles der Bevölkerung spricht, welche in manchen produktiven Berufsklassen vorkommt.

„Diese Fassung unterstüzt ich aus vollster Seele,

weil ich glaube, daß sie eher zu wenig oder wenigstens

Gegend so lange als irgend möglich zu vermeiden.

Die amtliche „Kasseler Btg.“ erklärt, daß die Regierung, nachdem eine Verständigung mit der zweiten Kammer nicht möglich gewesen und die Regierung zur Auflösung derselben schreiten müste, vom Bunde die Garantie der Verfaßung von 1860 fordern wird. Da

die Bundesversammlung die Verfaßung von 1831 aufgehoben, die kurhessische Regierung aber alle ihr vom Bunde gestellten Bedingungen für die Einführung einer neuen Verfaßung erfüllt habe, glaubt die kurhessische Regierung ein Recht erworben zu haben, daß der Bund nun auch seinerseits die Zusage einer Garantie dieser Verfaßung erfülle. Dieselbe bleibt übrigens auch ohne eine solche Garantie formell gültig.

Schließlich wird erklärt, daß die Regierung für die Erhaltung des Unbehagens der Bundesbeschlüsse nach Kräften einstehe.

In Oldenburg wurde am 7. d. der Landtag

durch den Minister von Rössing mit einer Anrede eröffnet, der wir folgende Stelle entnehmen: Der Entwurf eines Gewerbegezes für das Herzogthum wird in kürzester Frist Ihnen vorgelegt werden. Se. lgl.

Höheit haben es für unbedenklich erachtet, demselben

Princip der Gewerbefreiheit zu Grunde legen zu lassen.

„Ich will dies in Bezug auf Ungarn thun. In dem Theile, in welchem ich die Verhältnisse

kenne, muß ich sagen, daß die Verarmung zunimmt.

Es ist ein Proletariat, welches man in Ungarn früher

taum dem Namen nach bekannt hat, im Entstehen be- griffen.

„Ich will nicht in die Ursache eingehen, das Fal-

tum ist da, das Proletariat besteht, der Adel ist ver-

kümiert und herabgekommen.

„Se. Excellenz“ haben einige Konsumptions-Artikel

als ein Wahrzeichen des zunehmenden Wohlstan-

des hervorgehoben und namentlich auch Kaffee und Zucker.

„Nun, da hat schon Reichsrath Fürst Clam die

Meinung ausgesprochen, daß Kaffee und Zucker nicht

der Maßstab und nicht das Zeichen des zunehmenden

Wohlstandes sind, im Gegenthil, der Kaffee ist ein

Zeichen der Verarmung, weil er in kleinen Portionen

genommen werden kann und so viel andere Surro-

gate ab.

„Ferner hat Se. Excellenz einer Zunahme der Kon-

sumtion von Baumwollstoffen erwähnt.

„Auch dies scheint mir kein gutes Wahrzeichen

des zunehmenden Wohlstandes zu sein, denn die

Baumwollenstoffe verdrängen die ehrliche Einwand

und wir sehen, daß gerade die Einwand-Industrie zu

Grunde geht und besonders beim weiblichen Theil

der Bevölkerung es sich darum handelt, sehr feine

äußere Stoffe zu zeigen, aber desto schlechter sieht es im Innern aus.

„Als Wahrzeichen hat Se. Excellenz ferner die Zu-

nahme des Postverkehrs angeführt. Ich glaube aber,

dass man nicht den geringern Theil, sondern die groÙe

Mehrzahl der Bevölkerung im Auge behalten muss, und

die Masse der Bevölkerung schreibt nicht, sondern es

schreibt meist nur Kaufleute und andere gebildete und

intelligente Leute.

„Die Masse schreibt nicht, folglich ist die Zunahme

des Postverkehrs auch kein Wahrzeichen für die Zu-

nahme und den Bestand der Wohlhabenheit, dagegen

fann ich aber andere nothwendige Artikel aufzählen,

deren Verbrauch abgenommen hat.

„Nicht Kaffee und Baumwolle, aber Fleisch, Eisen

und Salz, das sind Artikel, welche zählen.

„Wenn ich recht informirt bin, nimmt die Fleisch-

konsumtion auch in Wien ab; eben so nimmt im Allge-

meinen die Salz- und Eisenkonsumtion ab. Das sind

Wahrzeichen des abnehmenden Wohlstandes.

„Se. Excellenz erwähnten auch ferner, daß man

auf die Maßregeln Rücksicht nehmen müsse, welche

während der letzten 10 Jahre durchgeführt worden

sind, nämlich auf die Aufhebung der Patrimonialgerichte

und die Urbrialentschädigung.

„Was die Aufhebung der Patrimonialgerichte be-

trifft, so würde ich sehr gern dieser Melioration be-

stimmen, wenn sie wirklich eine solche wäre und wenn

sie wirklich bessere Zustände herbeigeführt hätte. Wer

dies scheint mir nicht der Fall zu sein, denn, wie man

weiß, waren die Leute mit dem alten Patrimonial-

gerichte und mit den alten Zuständen zufriedener als

mit den jetzigen.

„Was ferner die Urbrialentschädigung anbelangt,

so ist sie ja nicht durchgeführt und auch noch nicht

bezahlt. Wer zahlt sie? — die Bevölkerung; — die

Urbrialentschädigung geht auch aus ihrem Säckel und





# Gantblatt.

N. 1644. Ankündigung. (2386.3)

Zufolge der hohen k. k. Landes-General-Commando-Verordnung Abh. 5 Nr. 5163 ddo. 24. October, und Nr. 5641 ddo. 23. November 1860 wird am 21sten December 1860 um die 10. Vormittagsstunde in der Amtskanzlei der k. k. Militär-Verpflegs-Bezirks-Magazins-Verwaltung zu Podgórze die öffentliche Offerts-Verhandlung wegen Einlieferung von

3000 N.-öst. Mehen Weizen à 80 N.-öst. Pf.

dann 20400 = Mehen Korn à 75 =

und 2000 = Mehen Hafer à 45 =

zu Podgórze oder Krakau mit Vorbehalt der hohen Genehmigung abgehalten werden.

Die vornachgewiesenen Naturalien-Quantitäten müssen in 4 gleichen Monats-Raten vom Tage der erfolgten Genehmigung zur Abstellung gelangen.

In Betreff der Qualität der zu liefernden vorbezeichneten Naturalien, so wie auch deren Einlieferung werden die bestehenden Normen festgehalten, welche bei der genannten Verpflegs-Magazins-Verwaltung in den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden können.

Die Offerte werden sowohl auf die ganzen Quantitäten, als auch auf kleinere Partien, jedoch nicht unter 200 N.-öst. Mehen angenommen, die mit 10 Proc. Vadium versehen, bis Schlag 12 Uhr am Behandlungstage in der benannten Amts-Kanzlei einzulangen haben, wobei bemerkt wird, daß später einlangende Offerte unter keinerlei Bedingung berücksichtigt, sondern als Nachbote behandelt werden.

k. k. Militär-Bezirks-Regie und Berechnungs-Magazins-Verwaltung zu

Podgórze, am 5. December 1860.

N. 7075. Concurs. (2380.4)

Die Stelle des k. k. Postspedienten in Jazłowiec mit welcher eine Jahresbestallung von 100 fl. öst. W. eine Kanzleipauschale von 30 fl. ö. W. und für die drei Mal in der Woche zu befördernde Botenfahrt zwischen Jazłowiec und Buczacze eine Botenpauschale im Betrage von 200 fl. ö. W. gegen Leistung einer Baar- oder Hypothek-Kaution per 200 fl. ö. W. verbunden ist, wird mit Ende Mai 1861 erledigt und es wird zu deren Wiederbesetzung hiemit der Concurs ausgeschrieben.

Hierauf einschlägige dokumentierte Kompetenzgesuche sind unter Nachweisung der Vermögensverhältnisse und der Kautionsfähigkeit binnen vier Wochen bei der gesetzten Postdirektion einzubringen.

Von der k. k. galiz. Post-Direction.  
Lemberg, am 28. November 1860.

3. 4081/Str. I. Kundmachung. (2345.13)

in Betreff der Einkommensteuer in der Stadt Krakau für das Verw.-Jahr 1861.

Zu Folge des a. h. Patentes vom 8. October 1860 ist die Einkommensteuer im Verw.-Jahr 1861 nach denselben Bestimmungen, wie es für das Verw.-Jahr 1860 auf Grund des a. h. Patentes vom 27. September 1859 vorgeschrieben, und mit hieramtlicher Kundmachung vom 10. November 1859 §. 4815 Str. I. verlaubt war, mit Beibehaltung des außerdentlichen Zuschlages, in österr. Währung zu entrichten.

Zu Absicht auf Grundlagen zur Bemessung der Einkommensteuer für das Verw.-Jahr 1861 hat das hohe k. k. Finanz-Ministerium mit dem Decree vom 11. October 1860 §. 4250/F.-M. folgendes angeordnet:

1. Den Bekennissen des Einkommens der ersten Classe, d. i. von den der Erwerbsteuer unterliegenden Gewerben und den Pachtungen, sind für das Verw.-Jahr 1861 die Erträgnisse und Ausgaben der Jahre 1858, 1859 und 1860 zur Ermittlung des reinen Durchschnittserträgnisses zu Grunde zu legen.

2. Die Anordnungen der §§. 21 und 22 des a. h.

Patentes vom 29. October 1849 über die Einhebung der Einkommensteuer der zweiten Classe, d. i.

von stehenden Bezügen sind auch die von solchen

Bezügen für das Jahr, welches mit 1. November

1860 beginnt und am 31. October 1861 endet,

fälligen Beträgen anzuwenden.

3. Die Zinsen und Renten der dritten Classe, welche der Verpflichtung des Beugsberechtigten zur Einbecknung unterliegen, d. i. jene, welche weder von Staats-, öffentlichen Fonds- und ständischen Obligationen herrühren, noch von Capitalien, welche auf steuerzahlenden Realitäten oder auf steuerpflichtigen Unternehmungen hypothekarisch haften, sind für das Verw.-Jahr 1861 nach dem Stande des Vermögens vom 31. October 1860 einzubekennen.

4. Die Uebernahme, Prüfung und Richtigstellung der Bekennisse und Anzeigen für die Einkommensteuer dann die Festsetzung der Steuergebühr wird von der k. k. Kreisbehörde erfolgen, die Entscheidung über die Rekurse gegen die kreisbehördliche Steuerbesteuerung steht dagegen der hohen k. k. Finanz-Kanzles-Direction in Krakau zu.

5. Zur Überreichung der Bekennisse über das Einkommen und der Anzeigen über stehende Bezüge wird die Frist bis Ende December 1860 festgesetzt, endlich

6. hat in dem Falle, wo die Einkommensteuergebühr für das Verw.-Jahr 1861 vor dem Verfalls der ersten Einholungsrate nicht zur Vorschreibung gelangen könnte, die Einhebung und zwangswise Beitrreibung dieser Steuer bis zur Aufhebung der neuen Schuldigkeit, nach der Gebühr des Verw.-Fahrtes 1860 stattzufinden.

Die zur Ausfertigung der Bekennisse und Anzeigen erforderlichen vorgedruckten Blanquette werden bei den Grundämtern den steuerpflichtigen Partien unentgeltlich verabfolgt werden. Von der k. k. Kreisbehörde.

Krakau, am 10. November 1860.

N. 4081.

## Obwieszczenie.

dotyczące się podatku dochodowego w mieście Krakowie na rok administracyjny 1861.

Według Najwyższego Patentu z dnia 8. Października 1860 ma być podatek dochodowy wraz z dodatkiem wojennym w roku administracyjnym 1861 na tych samych zasadach w walucie austriackiej, jakie w skutek Najwyższego Patentu z dnia 27. Września 1859 r. w roku administracyjnym 1860 obowiązywały i Obwieszczeniem c. k. Władzy obwodowej z dnia 10. Listopada 1859 N. 4815 do powszechniej wiadomości podane były.

Co do podstaw wymiaru podatku dochodowego na rok administracyjny 1861 c. k. Ministerium finansowe dekretem z dnia 11. Października 1860 N. 4250/M. S. wydanym rozporządziło, co następuje:

1. Fasyjom dochodu pierwszej klasy t. j. z tych zarobkowości, które podatkowi zarobkowemu podlegają, jakotéz z dzierżaw mają służyc za podstawę na rok administracyjny 1861 dochody i wydatki z lat 1858, 1859 i 1860 w celu obliczenia czystego dochodu w przecięciu wypadającego.
2. Przepisy §§. 21 i 22 Najwyższego Patentu z dnia 29. Października 1849 r. co do podatku dochodowego drugiej klasy, t. j. od stałych dochodów, mają być zastosowane do kwot na rok administracyjny 1861, które się z dniem 1. Listopada 1860 r. zaczyna,

Kraków, dnia 10. Listopada 1860 r. zaczyna.

N. 8220. Kundmachung. (2387.1-3)

Bei der k. k. galizischen Post-Direction erliegen die im nachstehenden Verzeichnisse aufgeführten bei den k. k. Postanstalten in Przemysl, Łęcko, Woyniłow, Bojan, und Stanislau ausgegebenen als unbestellbar zurückgelangten Fahrpostsendungen.

Die Aufgeber und sonstigen Partien, welche einen gegründeten Anspruch auf eine dieser Sendungen haben, werden aufgefordert, ihren Anspruch längstens binnen 3 Monaten, vom Tage dieser Kundmachung angefangen, um so gewisser geltend zu machen, als nach fruchtloser Verstreitung dieser Frist nach dem §. 31 der Fahrpostordnung vom 6. Juli 1838 das Amt gehandelt werden

Wzywa się zatem nadawców i inne osoby, do własności której z tych przesyplek uzasadnione mają prawo, z takowym w przeciągu najdalej trzech miesięcy od dnia niniejszego ogłoszenia tem peconiej wystąpić, ile że po bezskutecznym uplywie tego czasu, postapi się w myśl §§. 31 przepisu pocztowego z dnia 6go Lipca 1838 roku.

N. 8220. Obwieszczenie.

W urzędzie c. k. Dyrekcyi poczt galicyjskich znajdują się następującym wykazie poszczególnicze, przy c. k. pocztamtach w Przemyślu, Łęcku, Woyniłowie, Bojanach i Stanisławowie nadane przesyalki pocztowe, które dla niemezelnosci dotyczące zwrucone zostały.

Wzywa się zatem nadawców i inne osoby, do własności której z tych przesyplek uzasadnione mają prawo, z takowym w przeciągu najdalej trzech miesięcy od dnia niniejszego ogłoszenia tem peconiej wystąpić, ile że po bezskutecznym uplywie tego czasu, postapi się w myśl §§. 31 przepisu pocztowego z dnia 6go Lipca 1838 roku.

Kraków, dnia 10. Listopada 1860.

N. 7075. Concurs. (2380.4)

Die Stelle des k. k. Postspedienten in Jazłowiec mit welcher eine Jahresbestallung von 100 fl. öst. W.

eine Kanzleipauschale von 30 fl. ö. W. und für die drei Mal in der Woche zu befördernde Botenfahrt zwischen Jazłowiec und Buczacze eine Botenpauschale im Betrage von 200 fl. ö. W. gegen Leistung einer Baar-

oder Hypothek-Kaution per 200 fl. ö. W. verbunden

ist, wird mit Ende Mai 1861 erledigt und es wird zu

deren Wiederbesetzung hiemit der Concurs ausgeschrie-

ben.

Hierauf einschlägige dokumentierte Kompetenzgesuche

sind unter Nachweisung der Vermögensverhältnisse und

der Kautionsfähigkeit binnen vier Wochen bei der gesetzten Postdirektion einzubringen.

Von der k. k. galiz. Post-Direction.

Lemberg, am 28. November 1860.

3. 4081/Str. I. Kundmachung. (2345.13)

in Betreff der Einkommensteuer in der Stadt Krakau

für das Verw.-Jahr 1861.

Zu Folge des a. h. Patentes vom 8. October 1860 ist die Einkommensteuer im Verw.-Jahr 1861 nach denselben Bestimmungen, wie es für das Verw.-Jahr 1860 auf Grund des a. h. Patentes vom 27. September 1859 vorgeschrieben, und mit hieramtlicher Kundmachung vom 10. November 1859 §. 4815 Str. I. verlaubt war, mit Beibehaltung des außerdentlichen Zuschlages, in österr. Währung zu entrichten.

Zu Absicht auf Grundlagen zur Bemessung der Einkommensteuer für das Verw.-Jahr 1861 hat das hohe k. k. Finanz-Ministerium mit dem Decree vom 11. October 1860 §. 4250/F.-M. folgendes angeordnet:

1. Den Bekennissen des Einkommens der ersten Classe, d. i. von den der Erwerbsteuer unterliegenden

Gewerben und den Pachtungen, sind für das

Verw.-Jahr 1861 die Erträgnisse und Ausgaben

der Jahre 1858, 1859 und 1860 zur Ermittlung des

reinen Durchschnittserträgnisses zu Grunde zu legen.

2. Die Anordnungen der §§. 21 und 22 des a. h.

Patentes vom 29. October 1849 über die Einhebung

der Einkommensteuer der zweiten Classe, d. i.

von stehenden Bezügen sind auch die von solchen

Bezügen für das Jahr, welches mit 1. November

1860 beginnt und am 31. October 1861 endet,

fälligen Beträgen anzuwenden.

3. Die Zinsen und Renten der dritten Classe, welche

der Verpflichtung des Beugsberechtigten zur Einbecknung

unterliegen, d. i. jene, welche weder von

Staats-, öffentlichen Fonds- und ständischen Obliga-

tionen herrühren, noch von Capitalien, welche auf

steuerzählenden Realitäten oder auf steuerpflichti-

gen Unternehmungen hypothekarisch haften, sind

für das Verw.-Jahr 1861 nach dem Stande des

Vermögens vom 31. October 1860 einzubekennen.

4. Die Uebernahme, Prüfung und Richtigstellung der

Bekennisse und Anzeigen für die Einkommensteuer

dann die Festsetzung der Steuergebühr wird von der

k. k. Kreisbehörde erfolgen, die Entscheidung über

die Rekurse gegen die kreisbehördliche Steuerbe-

messung steht dagegen der hohen k. k. Finanz-Kan-

zles-Direction in Krakau zu.

5. Zur Überreichung der Bekennisse über das Ein-

kommen und der Anzeigen über stehende Bezüge wird

die Frist bis Ende December 1860 festgesetzt, endlich

6. hat in dem Falle, wo die Einkommensteuergebühr

für das Verw.-Jahr 1861 vor dem Verfalls der

ersten Einholungsrate nicht zur Vorschreibung

gelangen könnte, die Einhebung und zwangswise

Beitreibung dieser Steuer bis zur Aufhebung der

neuen Schuldigkeit, nach der Gebühr des Verw.-

Fahrtes 1860 stattzufinden.

R. k. galizische Post-Direction.

Lemberg, am 29. November 1860.

Krakau, am 10. November 1860.

a z dniem 31go Października 1861 kończy

przypadających.

3. Prowizye i renty, które pobierający obowiązany jest jako dochód trzeciej klasy oznajmiec

t. j. takowe, które nie pochodzą ani z pro-

centów od obligacji publicznych, instytuto-